

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/147

4. August 1976

Auch 1976 zu wenig Frauen im Bundestag

-----  
Sozialdemokratische Frauen stellen die  
Weichen für 1980

Von Elfriede Eilers MdB / Bundesvorsitzende der  
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Seite 1 und 2 / 83 Zeilen

Skandalöse Effekthescherei der CDU

-----  
Drei Beispiele für die Glasheuschrecke Kohls

Von Hans Schweitzer MdL / Stellv. Bundesvorsitzender  
der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in  
der SPD und Vorsitzender des Ausschusses für Soziales,  
Gesundheit und Sport im Landtag Rheinland-Pfalz

Seite 3 / 38 Zeilen

Brauchen die Parteien kirchliche Hilfstruppen

-----  
Abwehr des Versuchs zum Mißbrauch des Christentums

Von Manfred Gutech / Stellv. Vorsitzender der  
Kommission Kirchenfragen beim SPD-Landesvorstand  
Bayern und Mitglied des Geschäftsführenden Vor-  
standes des Gesprächskreises Kirche und SPD in Bayern

Seite 4 und 5 / 82 Zeilen

Offene Fragen an den Hartmann-Bund

-----  
Ungelöste Probleme um eine private Hochschul-Planung

Von Dr. Hans Bardens MdB / Mitglied des Bundestags-  
ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 6 / 32 Zeilen

Kampagnen sind kein Journalismus

-----  
Zur "Welt"-Reaktion auf den Kochnick-Brief

Von Dr. Klaus-Detlev Funcke

Seite 7 / 46 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presserhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 02 80 37 - 38  
Telex: 06 88 946 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 106-112, Telefon: 37 6611

Auch 1976 zu wenig Frauen im Bundestag

Sozialdemokratische Frauen stellen die Weichen für 1980

Von Elfriede Ellers MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums und

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Unabhängig davon, wie Demoskopien den Ausgang der Wahl vom 3. Oktober auch prognostizieren, unabhängig von den Erwartungen, die sich die Parteien hierzu ausgerechnet haben, ein Resultat steht bereits so gut wie fest: nämlich die Repräsentanz - oder genauer gesagt die Unterrepräsentanz - von Frauen auch im 8. Deutschen Bundestag. Denn der "Wahlkampf" um Wahlkreise und Landeslistenplatzierungen ist abgeschlossen. Und aus diesem Kampf, den Parteifeinde unter sich ausmachen, sind erwartungsgemäß nur relativ wenige Frauen als Sieger hervorgegangen, so daß also auch in der nächsten Legislaturperiode der große Durchbruch von Parlamentarierinnen ausbleiben wird.

Es ist zwölf Sozialdemokratinnen gelungen, eine Wahlkreiskandidatur zu erobern, was immerhin schon ein Fortschritt ist. Im 7. Bundestag hatten acht Fraktionskolleginnen einen Wahlkreis, von denen wiederum vier direkt in den Bundestag gewählt wurden. Insgesamt sind auf den Landeslisten der Sozialdemokraten jetzt 62 Frauen aufgestellt worden, von denen aber lediglich ein kleiner Teil eine reelle Chance hat, in den nächsten Bundestag einzurücken, denn die meisten von ihnen finden sich unter den von vornherein ziemlich aussichtslosen Platzziffern eingruppiert. Hierzu ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen: 123 Namen weist die Landesliste aus, auf den ersten elf Plätzen finden sich fünf Sozialdemokratinnen, zwischen Platz 12 und 49 aber sucht man vergeblich nach einem Frauennamen. Die Plätze 50, 52, 53 und 62 werden dann wieder von Frauen besetzt, und man vermutet richtig: diese gelten nämlich als ziemlich aussichtslos, wenn man mit dem Ergebnis der Bundestagswahl von 1972 vergleicht. Die nordrhein-westfälische Landesliste "zog" damals bis Platz 45, die auf Platz 46 und 47 platzierten Bundestagskandidaten rückten im Laufe der Legislaturperiode nach. Ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen verhält es sich in den übrigen Bundesländern.

Das öffentliche Lamento darüber kann dann auch nicht ausbleiben, denn noch nie zuvor haben sich Gruppen im vorparlamentarischen Raum - hier sind insbesondere Frauenverbände und Frauenzeitschriften zu nennen - so engagiert für eine verstärkte Kandidatur von Frauen eingesetzt, wie diesmal. So wurden öffentlichkeitswirksame Aktionen gestartet, bereits gewählte Kandidatinnen oder mögliche Anwärterinnen für Bundestagskandidaturen vorgestellt, sogar Leser ermuntert, die Parteivorsitzenden anzusprechen, um der Forderung nach stärkerer weiblicher Repräsentanz mehr Nachdruck zu verleihen. Eines solchen Anstoßes bedurfte es freilich nicht. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt weist seit Jahren auf die erschreckende Zurücksetzung von Frauen bei den politischen Mandaten hin und appellierte vornehmlich an die männlichen Parteimitglieder, den Frauen freiwillig zuzugestehen, was sie ihnen in einer Zeit ohnehin werden kon-

zedieren müssen. Ein Appell, der, wie man sieht, auch diesmal weithin erfolglos blieb.

Von daher kann es also nicht überraschen, daß es die Frauen in der Sozialdemokratischen Partei nicht dabei bewenden ließen, nur ihren Unmut zu artikulieren. Der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) hat bereits die Diskussionsathemen nach dem Wahltermin vorgegeben. So soll in der ASF wie in der Gesamtpartei erörtert werden, ob und inwieweit die sogenannte Wahlkreisbindung für Listenplätze dem Parteiengesetz widerspricht. Dabei geht es auch um die Frage, ob zumindest mittelfristig eine Quotierung, also die Verteilung von Mandaten auf Frauen und Männer nach ihrem jeweiligen Mitgliederanteil geeignet sein könnte, die unzureichende Beteiligung von Frauen an der politischen Verantwortung zu verbessern.

Dabei stellt sich - nahezu zwangsläufig - eine weitere Frage, nämlich welche ergänzenden gesellschaftspolitischen Maßnahmen darüber hinaus erforderlich sind, um die Chancengleichheit von Frauen im politischen Bereich zu verwirklichen. Denn es geht um ihre personelle Vertretung in den parteilichen Entscheidungsgremien, um die politische Mitverantwortung, von der sich Frauen in zunehmendem Maße beinahe systematisch ausgeschlossen fühlen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß sich ihre Interessen in einer konstruktiven Frauengesetzgebung niedergeschlagen haben, seitdem die Sozialdemokraten im Bund die Regierungsverantwortung übernommen haben.

Daher sind denn auch Argumente, daß Fraueninteressen ebenso gut von Männern wahrgenommen würden und die Forderung nach weiblicher Parlamentsrepräsentanz billiges Proporzdenken sei, eher als Selbstschutz der Männer geeignet und vermögen Frauen zumindest nicht zu überzeugen. Unrichtig ist auch die Unterstellung, daß es nicht genügend qualifizierte Frauen gebe, die sich zu einer Bundestagskandidatur bereitfinden würden. Diese Frauen gibt es, und sie sind auch qualifiziert genug, um so manchen männlichen Mitbewerber aus dem Feld zu schlagen, wenn die Kandidatenauswahl allein nach objektiven Auslesekriterien getroffen werden würde.

Für die SPD stellt sich - dies muß man deutlich sagen - mithin das Dilemma oder die Gretchenfrage: Wie haltet ihr es mit dem "Orientierungsrahmen"? Dort steht: "Die Ziele des demokratischen Sozialismus - Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - können nur dann verwirklicht werden, wenn sie auch im Zusammenleben von Mann und Frau bewußt und einschränkungslos akzeptiert werden." Dies heißt aber nichts anderes, als daß auch die Sozialdemokratische Partei diese ihre Grundwerte in ihren eigenen Reihen verwirklichen muß. Der "Orientierungsrahmen '85" - besonders der erst in den Endberatungen eingefügte Abschnitt "Gleichstellung der Frauen" - kam zu spät, um die auf breiter Basis erforderliche Bewußtseinsveränderung der Parteimitglieder rechtzeitig vor der Aufstellung der Kandidaten in den Wahlkreisen und Landeslisten noch positiv zu beeinflussen. Die Sozialdemokratinnen haben daher bereits jetzt begonnen, um, was die Kandidatenaufstellung anlangt, die Weichen für den nächsten Wahltermin zu stellen. Die nächste Bundesfrauenkonferenz im kommenden Frühjahr wird unter dem Motto stehen: "Recht auf Arbeit - Mut zu Macht." Die männlichen Parteimitglieder sind gut beraten, wenn sie die Forderungen der Frauen nach politischer Mitverantwortung nicht mehr länger auf die "leichte Schulter" nehmen. (-/4.8.1976/va/a)

+ + +

Skandalöse Effektscherei der CDU  
-----

Drei Beispiele für die Glashaus-Politik Kohls

Von Hans Schweitzer MdL

Stellv. Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft  
für Arbeitnehmerfragen in der SPD und Vorsitzender des  
Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport im Landtag Rheinland-Pfalz

Es ist immer wieder dasselbe Spiel, das die CDU im allgemeinen und die rheinland-pfälzische Kohl-Regierung im besonderen betreiben: Unpopuläre Maßnahmen hat die Bundesregierung einzuleiten und die Koalition zu beschließen, das populäre Spiel muß bei der CDU (und bei der Kohl-Regierung) bleiben und für die Folgen sämtlicher Beschlüsse haben SPD und FDP geradezustehen.

Beispiel Nr. 1: Die vorgezogene Rentenerhöhung zum 1. Juli 1972 (statt erst zum 1. Januar 1973), die in der Tat Kohls Sozialminister Geißler zuerst vorgeschlagen hatte, feiert die CDU als eigene Leistung ungeachtet der Tatsache, daß es zur Realisierung der Beschlüsse von Bundesregierung und Bundestagsmehrheit bedurfte. Für die finanziellen Auswirkungen - es sind Milliarden - machen Kohl, Geißler und die Union aber wiederum einseitig die Koalition und die Bundesregierung verantwortlich. Ein unverantwortliches Spiel von Leuten, die immer wieder das Wort "Verantwortung" und "Mitverantwortung" im Munde führen.

Beispiel Nr. 2: In der Planung der Landeshaushalte 1976 und 1977 hatte die Kohl-Regierung von vornherein bei den Gemeinschaftsaufgaben zur Förderung der Wirtschaftsstruktur und der Agrarstruktur 20 vH Kürzung vorgesehen. Als bei den Beratungen von Bund und Ländern auch der Bund in Hinblick auf die Finanzlage seine Mittel kürzte, da waren es wiederum die CDU/CSU-geführten Länder, an der Spitze Rheinland-Pfalz, die scharf kritisierten, daß ausgerechnet bei den Gemeinschaftsaufgaben Abstriche gemacht werden sollten. Ein Doppelspiel mit gezinkten Karten, gespielt von Partei-Christen.

Beispiel Nr. 3: Auf einem jugendpolitischen Kongreß der Kohl-CDU in Frankenthal/Pfalz machte sich der CDU-Landesvorsitzende und Kohl-Kultusminister Dr. Bernhard Vogel für eine Einbeziehung der Hochschulabsolventen in die Arbeitslosenversicherung stark und nannte es unsozial, daß dieser Zustand von der sozialliberalen Koalition noch nicht behoben wurde. Unabhängig davon, ob es überhaupt der Fall sein kann, daß die Arbeitslosenversicherung Leistungen an Personen zahlt, die noch niemals Mitglieder waren (und vielleicht auch nie werden, wenn sie z. B. später Beamte werden), muß hier gesagt werden: Es ist schlicht ein Skandal, wenn die Sprecher der Landesregierung Kohl und der CDU/CSU für neue Belastungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber über die Arbeitslosenversicherung eintreten, obwohl sie erst vor Monaten den unpopulären, aber notwendigen Beschluß der sozialliberalen Koalition bekämpften, die Beiträge zur Rentenversicherung zu erhöhen.

Wer derart unseriös agiert - die Beispiele ließen sich dutzendfach anführen -, sollte mit der Kritik an Bundesregierung sparsamer und vor allem sorgfältiger umgehen. Auch in Bonn sollte man zur Kenntnis nehmen: Kohl sitzt in Mainz in einem Glashaus und wirft dennoch mit Steinen. Nur: Wie lange noch?  
(-/4.8.1976/mie/e)

## Brauchen die Parteien kirchliche Hilfetruppen?

---

### Abwehr des Versuchs zum Mißbrauch des Christentums

Von Manfred Gutsch

Stellv. Vorsitzender der Kommission  
Kirchenfragen beim SPD-Landesvorstand Bayern und Mitglied des  
Geschäftsführenden Vorstandes des Gesprächskreises Kirche und SPD in Bayern

Sozialpolitische Gesetzesinitiativen und die Reform des § 218 StGB durch die sozialliberale Koalition haben seit Anfang der siebziger Jahre zu einer lebhaften Diskussion in kirchlichen Kreisen geführt. Politiker der SPD - insbesondere die Bundes- und Landtagsabgeordneten - suchten deshalb das Gespräch mit den theologischen Fakultäten, Gemeinde- und Sozialpfarrern, den kirchlichen Mitarbeitern in der Mission, der Jugend- und Sozialarbeit sowie mit engagierten Pfarrgemeinderäten und Kirchenvorstehern. Den SPD-Vertretern kam es darauf an, bereits im Vorfeld der parlamentarischen Überlegungen, die Fachkompetenz der kirchlichen Sozialarbeit in die gesetzgeberische Arbeit miteinzubeziehen. Außerdem wollte man mithelfen, daß es bei aktuellen politischen Entscheidungen nicht zu unnötigen Konflikten zwischen Kirche und SPD kommt. Meinungsverschiedenheiten sollten sachlich in gegenseitiger Achtung und Toleranz ausgetragen werden.

Mit Vertretern der bayerischen evangelisch-lutherischen Kirche wurden im Herbst 1972 in Schwabach, im Frühjahr 1973 in München und im Sommer 1973 in Ansbach die ersten intensiven Gespräche geführt. Behandelt wurden Grundsatzzfragen des Verhältnisses SPD und Kirche, das Heimgesetz, das Erwachsenenbildungsgesetz und die Reform des § 218 StGB. Es wurden Ansätze deutlich zur weitgehenden Übereinstimmung in Fragen der Sozial-, Friedens- und Gesellschaftspolitik. Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen praktizierenden Christen und SPD wurde betont. Dabei handelte es sich bei den Teilnehmern nicht nur um Mitglieder, Anhänger oder Sympathisanten der SPD. Ein Teil der Tagungsbesucher zeigten sich durch ihre Diskussionsbeiträge als kritisch Interessierte.

Nach der dritten Zusammenkunft im Sommer 1973 in Ansbach konstituierten sich die Tagungsteilnehmer als Gesprächskreis Kirche und SPD in Bayern. Es wurde ein Leitungsgremium gewählt, dem die Vorbereitung der künftigen Arbeit übertragen wurde. In das Leitungsgremium wurden gezielt auch Parteilose gewählt. Die Diskussion ergab u. a. folgende Ziele und Aufgaben des Gesprächskreises.

Der Gesprächskreis ist ein offenes Forum für Christen aller Konfessionen, die entweder Mitglieder, Anhänger, Sympathisanten der SPD oder kritisch Interessierte an der Politik der SPD sind; er will die Diskussion über ethische Grundsatzzfragen in der Politik beleben; er will das Gespräch

Kirche und SPD auf allen Ebenen anregen; es geht ihm vor allem darum, daß auf der örtlichen Ebene dauernde Kontakte zwischen Vertretern der Kirche und SPD stattfinden; er will den aktiwitigen Christen Informationen über tagespolitische Entscheidungen und Grundsatzdiskussionen der SPD geben und wird der Träger von überörtlichen Veranstaltungen sein, in denen Grundsatzfragen, die Kirche und SPD berühren, behandelt werden. Eine organisatorische Anbindung des Gesprächskreises an die SPD als Gliederung wurde ausdrücklich von allen Beteiligten ausgeschlossen.

Seit 1973 wurden eine große Anzahl von Regionaltagungen, Seminaren und Diskussionsabenden durchgeführt. Auf zwei großen Landestagungen mit jeweils nahezu 1 000 Teilnehmern wurden Grundsatzfragen zur Diskussion gestellt. Prof. Dr. Helmut Gollwitzer und Herbert Wehner äußerten sich 1974 zu den ethischen Positionen in der Politik. Prof. Dr. Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker und Willy Brandt stellten im Mai 1976 ihre Referate unter das Tagungsthema: "Christ sein heute für morgen - Politik heute für morgen". Zum aktuellen Diskussionsthema "Verhältnis Kirche und Staat" veröffentlichte der Gesprächskreis "Zehn Thesen zum Verhältnis Kirche und Staat".

Bei diesen Bemühungen hatte der Gesprächskreis, nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Offenheit in den Kirchen, im evangelischen Bereich sehr viel mehr Resonanz gefunden als im katholischen. Es wird in Zukunft seitens der SPD größerer Anstrengungen bedürfen, um nach Wegen zu suchen, wie das Gespräch auch im katholischen Bereich intensiviert werden kann.

Im bereits angelaufenen Bundestagswahlkampf wird der Gesprächskreis seinen Einfluß geltend machen, daß die Kirchen aus den parteipolitischen Auseinandersetzungen herausgehalten werden. Der Gesprächskreis geht davon aus, daß die Kirchen und Religionsgemeinschaften die religiöse Heimat für Anhänger aller demokratischen Parteien sind. Gleichermassen haben sich in allen Parteien Christen engagiert. Der Gesprächskreis lehnt deshalb konfessionspezifische Mitgliedergruppierungen in der SPD ab. Die Erfahrung mit einer derartigen Gruppierung - wie der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU - hat die Gefahr gezeigt, daß die Kirche zur Verwirklichung parteipolitischer Ziele vereinnahmt wird.

Die SPD und der Gesprächskreis wollen keine weltanschaulichen, ideologischen Hilfstruppen aus den Kirchen. Zu durchsichtig ist dagegen die Strategie des CDU-Chefideologen Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf. Er sagte u. a. aus: "Nicht mehr die Partei (gemeint ist CDU/CSU) baut in erster Linie auf die Stabilität der Kirchen, sondern umgekehrt, die Kirchen bauen auf die Stabilität der Partei (CDU/CSU) als der politischen Instanz, die grundsätzliche christliche Entscheidungen mit politischem Leben erfüllt". Aus dem ganzen Interview geht im Klartext hervor, daß die CDU/CSU davon ausgeht, den Kirchen die Ziele ihres Handelns vorzuschreiben.

Der Gesprächskreis Kirche und SPD in Bayern begrüßt es deshalb, daß maßgebliche Amsträger der evangelischen Kirche - wie der hannoversche Landesbischof Eduard Lohse - diesen geistigen Anschlag auf die Kirche als den Versuch zurückgewiesen haben, das Christentum ideologisch zu mißbrauchen.  
(-/4.8.1976/mie/e)

Offene Fragen an den Hartmann-Bund

Ungelöste Probleme um eine private Hochschul-Planung

Von Dr. Hans Bardens MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Seit einigen Jahren wird über die Errichtung einer "Freien medizinischen Hochschule" diskutiert. In der jüngsten Zeit nun hat Dr. Horst Bourmer, Vorsitzender des Hartmann-Bundes, erneut öffentliche Aktivitäten entwickelt und unter anderem in Zeitungsinterviews angekündigt, daß vom Wintersemester 1979/80 an der Betrieb in Koblenz aufgenommen werden soll.

Zunächst kann man sicher der Stellungnahme aus dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft zustimmen, daß jeder zusätzliche Studienplatz, zumal in einem Numerus-clausus-Fach, willkommen sei, daß andererseits aber auch alle gesetzlichen Vorschriften erfüllt sein müßten, wozu auch das für öffentliche Hochschule geltende Zulassungsverfahren zum Studium gehören. Einige Fragen sind allerdings bisher noch offen geblieben, auf deren Beantwortung die Öffentlichkeit Anspruch hat, denn die Ausbildung an Hochschulen bleibt eine öffentliche Aufgabe, auch wenn sie teilweise von Hochschulen privater Träger nicht übernommen wird.

Wie steht es insbesondere mit der Finanzierung? Während der letzten Jahre war gelegentlich von einer Mitfinanzierung durch die pharmazeutische Industrie die Rede, und Bourmer selbst sagte in einem Interview, daß die Hochschule in erster Linie durch die Ärzte selbst finanziert werden sollte. Wie soll im Zweifelsfall die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre an einer solchen Hochschule sichergestellt werden? Wie soll die Chancengleichheit aller Studienbewerber sichergestellt werden, wenn, wie angekündigt, für den Zugang zu dieser Hochschule ein besonderes Zulassungsverfahren vorgesehen ist?

Diese und andere Fragen werden hoffentlich noch ausführlich und rechtzeitig beantwortet werden. Aber zu einer anderen Hoffnung möchte man sich in diesem Zusammenhang vorwagen: Vielleicht bewirkt die Initiative der Ärzte wenigstens, daß die Länder endlich die Voraussetzungen für eine moderne praxisnahe Ärzteausbildung schaffen, wie sie in der neuen Approbationsordnung vorgeschrieben ist, und vielleicht machen sich die zuständigen Bildungspolitiker schließlich doch noch Gedanken um ein anderes Ausleseverfahren für den Zugang zum Medizinstudium. Der Abiturnotendurchschnitt ist wirklich das untauglichste Kriterium, wenn man junge Menschen für einen anspruchsvollen sozialen Beruf auswählen muß. (-/4.8.1976/mie/e)

+ + +

## Kampagnen sind kein Journalismus

---

### Zur "Welt"-Reaktion auf den Koschnick-Brief

Von Dr. Klaus-Detlev Funcke

Der stellv. Chefredakteur der Springer-"Welt", Wilfried Hertz-Eichenrode, hat klargestellt, worum es sich bei den Kommentaren seines Chefredakteurs Herbert Kremp handelt: um Glossen. Das ist in einer "Anmerkung der Redaktion" zu dem Brief des stellv. Parteivorsitzenden der SPD, Hans Koschnick, an den Bischof der Evangelischen Kirche von Berlin, Kurt Scharf, nachzulesen. Die "Kremp-Glosse" hatte immerhin unverblümt die "Kirche der Stadt" und "kirchliche Mitarbeiter" in allgemeinen und pauschalen Formulierungen und im besonderen den Pfarrer Albertz für den Ausbruch der vier Terroristinnen aus dem Berliner Frauengefängnis verantwortlich gemacht. Auf Stellvertreter Hertz-Eichenrode wirkte sich die Überschrift des Kremp-Beitrages "Fiasco" folgerichtig verwirrend aus: Was ist Kommentar, was Meinungsbeitrag und was Glosse?

Die Wertung des Koschnick-Briefes als gezielte Kampagne gegen bestimmte Blätter läßt ernste Rückschlüsse auf das journalistische Selbstverständnis von Hertz-Eichenrode und der "Welt" überhaupt zu. Denn er kann zwischen berechtigter Kritik und Kampagne nicht unterscheiden. Kritik der Presse gehört zu ihrer gesetzlich verbrieften öffentlichen Aufgabe. Kritik von Betroffenen und der Öffentlichkeit, darunter auch der Parteienvertreter, an Presseprodukten ist fundamentaler Bestandteil der freien Meinungsäußerung in einem demokratischen Staat. Dazu gehört auch die Solidarität mit denjenigen, die ungerichtet und pauschal bestimmter politischer Ziele wegen von der Presse angegriffen werden. Deshalb sind die Beiträge der "Welt" in unschöner Regelmäßigkeit auch Verhandlungsgegenstand beim Deutschen Presserat. Kampagnen bleiben in der bundesdeutschen Presselandschaft in der Tat bestimmten Blättern vorbehalten.

So führte in diesem Brief Hans Koschnick die früheren regelmäßigen Berichte der "Bild"-Zeitung gegen die Tätigkeit von Bischof Scharf an. Dies verschwieg die "Welt" ihren Lesern. Erinnert sei auch an die "Quick"-Kampagne gegen Kirchenvertreter und der Überschrift "Pfarrer, die dem Terror dienen". Die Öffentlichkeit ist deshalb herausgefordert, diese Kampagnen-Journalismus voller falscher und pauschaler Behauptungen entgegenzutreten. Der SPD haben die Journalisten in dieser Legislaturperiode u. a. ein verbessertes Zeugnisverweigerungsrecht zu verdanken. Die CDU/CSU indes hat sich durch Kampagnen gegen einzelne Journalisten hervorgetan und gezeigt, welches gestörte Verhältnis sie zur Pressefreiheit hat und welches Maß an geistiger Intoleranz bei CDU-Abgeordneten vorhanden ist, die Plakate abreißen. Hinter den öffentlichen Attacken des CDU-Fraktionsvorsitzenden Carstens gegen die Verfasser von Rundfunkkommentaren, den Drohungen des CDU-Ministerpräsidenten Albrecht, Sendungen aufzuzeichnen und zu kontrollieren, steckt eine Medien-eroberungsstrategie, die die Pressefreiheit in diesem Lande gefährdet. Wie nahe sich die konservativen Ultras aus der CDU/CSU mit linkssektiererischen Gruppen stehen, hat der CSU-Abg. Dr. Jürgen Warnke bei einer Diskussion in der Evangelischen Akademie Tutzing bewiesen, als er eine "Entsorgung des Inhabers der 'Frankenpost' auf gesetzlichem Wege" forderte. Diese Beispiele zeigen, daß die CDU/CSU politische Pressionen gegen die Presse und die Journalisten ausübt und damit Politik gegen verbrieft Grundrechte betreibt. Die Parteivorstände der CDU/CSU sollten schleunigst dagegen einschreiten.

(-/4.8.1976/mie/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert